

Stettiner Zeitung.

Landtags-Verhandlungen.

Abgeordnetenhaus.

Fünfte Sitzung vom 14. November.

(Schluß.)

Zweiter Gegenstand der Tagesordnung: Vorberathung des Staatshaushalts-Etat pro 1869. General-Diskussion. Hierzu liegt folgender Antrag des Abg. Lasker vor: „Das Haus wolle beschließen zu erklären: Im Interesse Preußens und des norddeutschen Bundes ist es dringend gerathen, daß die eigenen Einnahmen des Bundes vermehrt werden, jedoch nur unter der Voraussetzung, daß hierdurch keine Ueberbürdung in Preußen verursacht, vielmehr für den Fall einer Erhöhung der Steuern und Abgaben im Bunde gleichzeitig eine den Verhältnissen entsprechende Entlastung in Preußen sicher gestellt werde.“

Der erste Redner ist der Abg. v. Benda: Ich bedaure bei dem vorliegenden Etat zunächst den Mangel an objektiver Wahrheit. Es wäre eine doppelte Pflicht des Finanz-Ministers gewesen, im gegenwärtigen Augenblick mit der vollen Wahrheit hervorzutreten. Der Fehler des Etats liegt meiner Ansicht nach in den Ausgaben, indem eine große Menge Ausgaben zurückgestellt sind, welche unumgänglich notwendig waren. Ein weiterer Fehler liegt darin, daß der Finanz-Minister uns auf Hoffnungen verweist, deren Erfüllung nicht in der Macht der Regierung und des Hauses liegt, daß er uns auf die Hoffnung verweist, der Reichstag werde in diesem Jahre Beschlüsse fassen, die er im vorigen Jahre verwerfen hat. Es hätte in dem Etat das Defizit richtig nicht auf 5, sondern auf 18 Mill. Thlr. angegeben werden müssen. Deshalb halte ich unsere Lage noch nicht für schlecht; wir können noch über Einnahmen verfügen, welche noch erhöht werden können. Allein zwei Punkte sind es, die unserer ernstesten Erwägung unterzogen werden müssen; einmal das übermäßige Anschwellen unserer Schuldenlast und zweitens das Anschwellen der Militärlast. Wenn wir nicht ohne neue Steuern auskommen können, so liegt darin alle Veranlassung, die gegenwärtige Lage ernst zu prüfen. Wir können keine neue Finanz-Projekte entwerfen; wir haben die Pflicht der äußersten Sparsamkeit im eigenen Hause und deshalb sehe ich keinen anderen Weg, als die Vorschläge der Regierung zu acceptiren. Wenn ich behauptet habe, unsere Steuerkraft kann noch erhöht werden, so denke ich dabei zunächst an die Einkommensteuer. Viele im Lande sind der Ansicht, daß durch eine richtige Einschätzung der Einkommensteuer wohl die Hälfte unseres Defizits gedeckt werden könnte. Ich bin der Ansicht nicht, wohl aber meine ich, daß eine nicht unbedeutende Erhöhung der Einnahmen dadurch herbeigeführt werden könnte. Der Redner tadelt hierauf scharf die vom Handelsminister verfolgte Eisenbahnpolitik, welche in mancher Beziehung, namentlich den Grundbesitz erheblich geschädigt habe und empfiehlt nochmals die eingehendste Prüfung und größte Sparsamkeit, denn nur dann werde man mit Ruhe den Vorlagen des Jahres 1870 entgegen sehen können. Lassen Sie uns, so schließt der Redner, nur an jenem alten soliden Grundsatze der preussischen Finanzpolitik festhalten: keinen Groschen ohne Noth ausgeben, keine Ausgabe ohne entsprechende Einnahme.

Finanz-Minister v. d. Heydt: Ich würde nicht das Wort ergreifen, wenn nicht der Vorredner einen sehr schweren Vorwurf gegen die Regierung ausgesprochen hätte, indem er sagte: er habe in dem vorliegenden Etat einen Mangel an objektiver Wahrheit vermispft. Ich weiß nicht, was der Abgeordnete durch diese Worte hat andeuten wollen. Man könnte sie so auslegen, als ob Thatsachen nicht der Wahrheit gemäß vorgetragen, als ob irgend etwas verschwiegen wäre. Ich erwarte von dem Abgeordneten, daß er seine Worte näher deklarire und darthue; ich halte dies für die Pflicht eines Abgeordneten, daß, wenn er solche Vorwürfe erhebt, er sie auch beweist. Der Abgeordnete hat meine Finanzpolitik angegriffen und dennoch die Schwierigkeiten anerkennen müssen, die derselben entgegenstehen. Ich hätte es mehr am Orte gefunden, wenn der Abgeordnete uns im vorigen Jahre Sparsamkeit empfohlen hätte. (Sehr richtig.) Haben Sie doch die Güte, sich zu erinnern, was mir vom Hause im vorigen Jahre Alles empfohlen worden ist. Der Finanz-Minister hat Ihnen im vorigen Jahre gesagt, daß der Etat eigentlich ein Defizit hat. Der Abgeordnete hat auf die Höhe der Schulden hingewiesen. Ich weiß nicht, ob es im Interesse des Hauses liege, die Dinge schwärzer zu malen, als sie wirklich sind. Man kann nach solchen Jahren, wie wir sie erlebt haben, sehr wohl ein Defizit haben und darum braucht die Finanzlage noch nicht schlecht zu sein. Kann der Abgeordnete mir einen Vorwurf daraus machen, daß ich die Hoffnung ausgesprochen habe, es werde sich im künftigen Jahre Handel und Wandel wieder heben? Ich habe es freilich nicht in der Hand, die Einnahmen zu vermehren. Ich halte es nicht an der Zeit, im gegenwärtigen Augenblicke mit einer Steuererhöhung hervorzutreten; sein Sie aber versichert, die Einkommensteuer wird erhöht werden. (Heiterkeit.)

Ich bedauere, daß man dem Handels-Minister Vorwürfe über seine Politik in seiner Abwesenheit macht, was sonst in diesem Hause nicht Sitte ist. Ich hätte gewünscht, der Abgeordnete hätte die schweren Vorwürfe nicht gemacht, für die ich keinen rechten parlamentarischen Ausdruck habe.

Abg. Lasker: Ich glaube, die Thatsache, daß die Regierung uns die Zustände im vergangenen Jahre als sehr blühend dargestellt und uns dadurch zu verschiedenen Ausgaben veranlaßt hat, als notorisch bezeichnen zu können. (Sehr richtig.) Als wir die 25 Millionen zur Abfindung der depossedirten Fürsten bewilligen sollten, da wurde auf das Zeugniß des Herrn Finanzministers mit den Worten hingewiesen: Sieht der Herr wohl so aus, daß er 25 Millionen zahlen würde, wenn er sie nicht in der Tasche hätte? Der Abg. v. Benda hatte die Abfertigung nicht verdient, welche der Herr Finanzminister ihm hat zukommen lassen, und die er ihm nur zukommen lassen konnte, weil er am Ministerische sitzt und nicht auf den Bänken des Hauses, da sonst mancher seiner Ausdrücke Rügen verdient haben würde. — Der Hauptfehler bei uns liegt darin, daß weder die Regierung, noch wir das Material vollständig beherrschen, sondern nur der Kalkulator. Ein hoher Staatsbeamter hat mir gesagt, er sei, nach Reorganisation der Verwaltung bereit, dieselbe um 50 pCt. billiger zu übernehmen und werde noch ein gutes Geschäft dabei machen. (Heiterkeit.) Auch die Justizverwaltung könnte billiger geführt werden und aus solchen Thatsachen hätte man lernen sollen. Ich habe nur das Wort ergriffen um die Frage zu erörtern, wie das Verhältniß des norddeutschen Bundes zu Preußen geordnet werden solle. Im Interesse des norddeutschen Bundes spreche ich den Wunsch aus, daß die Einnahmen des Bundes vermehrt werden möchten. Wo guter Wille vorhanden ist, da sind auch die Mittel vorhanden. Wir wollen redlich an unserem Theile mitwirken, aber auch dafür sorgen, daß durch die Versorgung des Bundes Preußen nicht überbürdet werde und dazu habe ich meinen Antrag gestellt. (Bravo.)

Präsident von Forckenbeck: Hätte der Herr Finanzminister die vom Vorredner bezeichneten Worte gebraucht, so würde ich gewußt haben, wie ich die Würde des Hauses und des einzelnen Abgeordneten auch dem Finanzminister gegenüber zu wahren habe. Der Herr Finanzminister hat allerdings das Wort „Phrasen“ gebraucht; aber im Interesse der Redefreiheit habe ich geglaubt, dasselbe rein objektiv beurtheilen zu müssen. (Bravo.)

Finanzminister v. d. Heydt: Ich danke dem Herrn Abg. Lasker, daß er mir Gelegenheit giebt zu erklären, daß es mir nicht im Entferntesten eingefallen ist, irgend etwas zu sagen, was den Herrn Abg. von Benda persönlich hätte berühren können. (Beifall.) Der Abg. Lasker hat gesagt, es würde in der Verwaltung erheblich gespart werden können, wenn man dem Gedanken der Selbstverwaltung näher getreten wäre. Ich bemerke darauf, daß die Regierung damit sehr eifrig beschäftigt ist. Der Finanzminister hat das Defizit vorher gesehen und es sind Vorschläge gemacht, demselben vorzubeugen. Aber man konnte nicht vorhersehen, was der Reichstag und das Zollparlament beschließen würden.

Abg. Dr. Glaser: Niemand wird in Abrede stellen können, daß die Ausgaben des Etats so gering gestellt sind, als möglich. Was die zur Deckung des Defizits in Vorschlag gebrachten Mittel anbelangt, so können wir darin nicht dasjenige sehen, was unter anderen Umständen unter anderen Verhältnissen rathsam gewesen wäre; allein die Gründe, welche der Finanzminister angegeben hat, müssen wir anerkennen. So lange die Matricularbeiträge für den norddeutschen Bund nicht ermäßigt werden können, so lange werden wir auch das Defizit behalten. Wir haben die Hoffnung, daß der Reichstag durch eigene Einnahmen seine Ausgaben werde bestreiten können, wir haben nicht die Macht, in irgend einer Weise einzugreifen.

Abg. Dr. Löwe: Die Maschine, die Sie jetzt so sehr angreifen, Sie haben sie selbst so komplizirt gemacht. Ich glaube, der Antrag Lasker's ist nicht losigisch, wenn er sich überall nur dahin wendet, daß die Einnahmen vermindert werden. Ueber diese Einnahmen haben wir eben so wenig zu sagen, als die Staatsregierung. Die Einnahmen werden bestimmt durch eine Körperschaft, von der wir annehmen müssen, daß ein Theil ihrer Mitglieder, trotz aller Brüderlichkeit, Interessen vereinigen lassen. (Sehr wahr.) Der ganze Schwerpunkt liegt darin, daß wir die Ausgaben des Bundes verringern. Die größte Schwierigkeit hierfür liegt aber in der Bundesverfassung, weil die meisten Ausgaben auf einem Gebiete beruhen, auf dem der Reichstag sich selbst die Hände gebunden hat, nämlich in der Militär-Verfassung. (Sehr richtig.) Der norddeutsche Reichstag hat die Pflicht, allen andern Körperschaften mit gutem Beispiel voranzugehen, die Militärlast zu erleichtern. (Bravo.) Die innere Politik hängt sehr

innig zusammen mit unsern Finanzen. Wenn man fragt: weshalb soll eine wesentliche Verringerung der Militärlast nicht eintreten, so erhält man die Antwort, daß es die Drohungen unserer Feinde sind, die eine Restauration der depossedirten Fürsten bezwecken. Wir müssen den Bevölkerungen große geistige Güter bieten. Keine Last drückt so schwer, als die moralische Last, daß die Völker, trotzdem sie einem großen Staate angehören, nicht eine freiere Verwaltung haben. Durch den Minister des Innern und den Kultusminister hat die Verwaltung es möglich gemacht, die Herzen wieder nach dem Kurfürsten und dem Erbkönig verlangen zu lassen, welche früher mit Jubel die Preußen aufgenommen haben. (Bravo.)

Finanzminister v. d. Heydt: Die Abfindung der depossedirten Fürsten war kein Akt der bloßen Liberalität, sie bildete vielmehr mit der Politik ein großes Ganze. Ich habe als Finanzminister dahin gewirkt, daß nicht Domänen und Forsten gegeben wurden. Ich habe mich bereit erklärt, lieber eine größere Summe zu geben und dafür hatte ich guten Grund. Es ist keine Veranlassung vorhanden, über etwas zu klagen, was Sie selbst als recht gebilligt haben.

Abg. v. Sybel: Bei der Abfindung der depossedirten Fürsten ist eine neue Zinslast für unser Budget entstanden, da die Fürsten in Staatsobligationen befriedigt werden sollten. Dies kann vielleicht beseitigt werden, da man die preussische Staatskasse nicht zu einer Sparkasse für die bittersten Feinde Preußens machen darf. Man hofft von der Selbstverwaltung Erleichterungen. Ich schwärme für die Selbstverwaltung, weiß aber nicht, wie daraus eine finanzielle Erleichterung hergeleitet werden soll, denn es ist doch keine Erleichterung, wenn man die Kosten der Verwaltung aus der Provinzial-, statt aus der Staatskasse nimmt. Es ist fern darauf hingewiesen, daß Hilfe nur durch Erleichterung des Militäretats zu schaffen wäre. Es ließe überflüssige Dinge diskutieren, wenn man der Regierung eine Bescheidung des Militäretats und ein Vorgehen mit großen Friedensproklamationen anempfehlen wollte. Als praktische Männer können wir die Sache nur so nehmen, wie sie liegt, und den Vorschlägen der Regierung nur zustimmen.

Abg. Iwesten beleuchtet zunächst die Rede des Finanzministers bei Einbringung des Etats und hebt hervor, daß es notwendig sei, erst zu übersehen, wie viel Einnahmen man habe, bevor man an die Feststellung der Ausgaben gehe. Wenn zur Deckung des Defizits eine Entnahme aus dem Staatschatz nicht stattfinden darf, so wird nichts anderes übrig bleiben, als von den Aktivforderungen des Staats zu äußern. Die Königl. Staatsregierung ist allerdings bei Vorlegung des Etats nicht mit der Vorsicht zu Werke gegangen, welche wir erwarten durften.

Die Verantwortlichkeit für die 25 Millionen zur Abfindung der depossedirten Fürsten kann von der Staatsregierung nicht auf die Volksvertretung abgewälzt werden. Die Staatsregierung wußte, daß sie die Bewilligung zur Ausgabe nicht erhalten würde, noch daß eine Bewilligung in einem so hohen Grade ausgesprochen werden würde und darum hat sie auch die Bewilligung in diesem Hause gar nicht nachgesucht, sondern nur angezeigt, daß diese 25 Millionen mit der Unterschrift des Königs verausgabt seien und es nun dem Hause überlassen, ob es versuchen wolle, mit der Verfassung der Ausnahme der Summe in den Etat einen schweren Konflikt mit der Staatsregierung heraufzubeschwören. Wenn der Herr Minister gesagt hat, er sei vom Hause zu erhöhten Ausgaben gedrängt worden, so mag er doch erwägen, wie gering die Summen sind, die auf Antrag des Hauses ausgegeben wurden, z. B. für den Nothstand in Ostpreußen, im Verhältnisse zu denen, die auf Forderung der Regierung bewilligt wurden. Der Redner geht hierauf speziell und sehr ausführlich auf die einzelnen Etatpositionen ein, die er mit einander vergleicht. — Eine Ermäßigung der Militärlast ist allerdings ein ganz berechtigter Wunsch, ich glaube aber nicht, daß dies in der nächsten Zeit schon zu erreichen ist. Wir brauchen eine Armee und werden sie in den nächsten Jahren nicht vermindern können. Erst wenn wir ganz Deutschland vereinigt haben, werden wir im Stande sein, den übrigen Staaten ein gutes Beispiel zu geben. — Wenn schon die finanziellen und volkswirtschaftlichen Rücksichten darauf hindrängen, zu dauernden Institutionen zu kommen, so thun es weit mehr noch die politischen Rücksichten. Wenn die preussische Staatsregierung sich nicht auf der Höhe dieser Anschauung befindet, so bedauern dies Diejenigen am meisten, denen die Entwicklung Deutschlands am Herzen liegt. Es wird die Regierung dahin gedrängt werden, Ernst zu machen, mit dem, was schon längst hätte gesehen werden und was nur zum Schaden länger hätte verdrängt werden können (Bravo.)

Ein Antrag auf Schluß der General-Diskussion wird abgelehnt, ein Antrag auf Vertagung der Sitzung dagegen angenommen und nach einer kurzen persönlichen

Bemerkung des Abg. v. Benda die Sitzung um 4 Uhr geschlossen.

Nächste Sitzung: Dienstag 10 Uhr.

Tagesordnung: Berlesung der Interpellation des Abg. v. Bonin wegen der Stellvertretungskosten und Fortsetzung der Vorberathung des Budgets.

Deutschland.

□ Berlin, 15. November. Wir haben schon öfter erwähnt, daß die österreichischen Blätter systematisch darauf ausgehen, die öffentliche Meinung Europas über die Angelegenheiten Rumäniens irregulいたen. Neuerdings ist nun von Wien aus bekanntlich auch gemeldet worden, daß zwischen den Mächten Verhandlungen über eine Revision derjenigen Artikel des Pariser Vertrages von 1856 schweben, welche die Verhältnisse der Donaufürstenthümer und die Beziehungen derselben zur Pforte betreffen. Die Revision sollte nach diesen Nachrichten darauf gerichtet werden, der Türkei die Befugniß beizulegen, möglichst einseitig und ohne Zurathziehung der Garantemächte sich in die Angelegenheiten der Donaufürstenthümer einzumischen. Dadurch würde es natürlich Oesterreich zugleich möglich werden, der Pforte mit seinen Rathschlägen wirksamer und erfolgreicher zur Seite zu stehen als jetzt. Diese Nachrichten der „Wiener Presse“ werden nun heute von französischer offizieller Seite dementirt mit der Bemerkung, daß von solchen Verhandlungen unter den Großmächten keine Rede gewesen sei. Diese Erklärung der französischen offiziellen Blätter ist nun kaum nach Wien gelangt, aber trotzdem bringt die Wiener „Presse“ bereits wieder die neue Nachricht, daß es sich zwar nicht um eine Revision, aber um eine Interpretation des Pariser Vertrags handele, die in einem Nachtragsprotokoll niedergelegt werden solle. Es ist wohl vorauszufragen, daß auch diese Mittheilung der „Presse“ nicht mehr Grund als die frühere hat. — Die Regierung hat durch den Finanzminister v. d. Heydt, als den Vertreter des Ministerpräsidenten, die Interpellation des Abg. Löwe wegen Aufhebung der zwischen Preußen und Rußland bestehenden Kartell-Konvention dahin beantwortet, daß sie es nicht für zeitgemäß halte, sich über die berührte Frage näher zu äußern. Es ist anzuerkennen, daß selbst in liberalen Abgeordnetentreiben und in liberalen Organen die Ueberzeugung besteht, daß die von den Abg. Löwe und Genossen leitete Demonstration die angelegliche Wirkung auf eine Reform des russischen Handelssystems nicht üben, daß sie dagegen nur die guten Beziehungen zwischen den beiden Nachbarstaaten trüben werde, und zwar zu einer Zeit, wo diese guten Beziehungen nicht zu schädigen, sondern zu befestigen sind. — Aus einigen Artikeln konservativer Organe, namentlich der „Kreuzzeitung“ und der „Zeidler'schen Korrespondenz“ ist von liberaler Seite der Schluß gezogen worden, daß eine Neubildung oder andere Gruppierung der konservativen Partei bevorstehe. Der Schluß ist nicht gerechtfertigt. Die betreffenden Artikel sprechen nur die Absichten ihrer Verfasser aus und in wohlunterrichteten konservativen Kreisen ist von einer Umgestaltung der konservativen Partei nichts bekannt. Damit soll nicht in Abrede gestellt werden, daß die gegenwärtige Situation der konservativen Partei mannigfach, z. B. in der Frage der Selbstverwaltung, der Reform der Kreisverfassung u. d. m. Gelegenheit geben wird, unbestimmte Stellung einzunehmen.

Berlin, 15. November. Die Wahl des Königs Wilhelm zum Schiedsrichter in Betreff der Frage, ob England für das Auslaufen der „Alabama“ und den dadurch angerichteten Schaden verantwortlich sei, wird von „Daily Telegraph“ entschieden gutgeheißen. „Der persönliche Charakter König Wilhelms“, sagt das genannte Blatt, sowie seine Familienverbindungen mit unserem Hause stellen ihn über allen Verdacht eines Vorurtheils gegen uns, während die engen moralischen, pekuniären und Familienverbindungen seiner Unterthanen mit der Union eben so viele Motive zu freundschaftlichen Bestimmungen seinerseits gegen die Vereinigten Staaten sind. Es ist dabei auch noch in Betracht zu ziehen, daß Preußen der erste Staat war, der einen Naturalisationsvertrag mit Amerika abschloß, und daß dem Könige in Berlin die Erfahrung und Weisheit mehrerer hervorragenden Autoritäten in der Kunde des Völkerrechtes zu Gebote stehen, so daß man die Entscheidung in jeder Beziehung vertrauensvoll in seine Hand legen darf. So paradox es erscheinen mag, so ist es wirklich Thatsache, daß ein Endurtheil nach der einen wie der anderen Seite hin für England ein Gewinn sein wird. Sollte der König entscheiden, daß wir nicht im Unrecht gewesen seien, so würde sein Spruch nothwendig einen günstigen Eindruck auf die öffentliche Meinung in Amerika machen und unsere Vetter zu der Ueberzeugung bringen, daß wir nicht ungerecht waren; sollte er sich aber zu unsern Ungunsten äußern, so werden wir allerdings eine gewisse Summe Geldes zu erlegen haben, aber auch eine bittere Quelle der Zwietracht verstopfen.“ Im Uebrigen glaubt der „Telegraph“, dürfte es sich empfehlen, für ähnliche vorkommende Fälle die

